



Einheitsbetrieb oder Selbstständigkeit ?

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

vielleicht habt ihr im Weserkurier von der Resolution im Krankenhaus Links der Weser gelesen: wir wollen euch den Text der Resolution hiermit zugänglich machen. (Siehe Rückseite)

Wir sind strikt gegen einen Einheitsbetrieb der vier selbstständigen kommunalen Krankenhäuser (KBM, LDW, Ost und Nord).

Der Bremer Senat wird jetzt wohl einen Teil der Investitionssumme (ca 110 Millionen Euro?) für den Teilersatzneubau des Klinikums Bremen Mitte übernehmen. Dafür soll aber der Einheitsbetrieb (Konzept: Gesundheit Nord 2020) geschaffen werden. Mit diesem Plan wird dann der Bremer Senat mit der Gewerkschaft Ver.di Bremen einen Notlagentarif durchsetzen. Dies bedeutet eine Absenkung des Tariflohnes und Heraufsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Dieses "Opfer" sollen wir aufbringen.

Durch eine Zentralisierung (sprich Einheitsbetrieb) werden Versetzungen, Abteilungsschließungen und weiteren Erpressungsmanövern Tür und Tor geöffnet. Dagegen werden wir uns wehren.

Eure unabhängige Betriebsgruppe „uns reicht`s“

Kontakt: uns.reichts.bremen@t-online.de

Für die Stärkung der Selbstständigkeit der kommunalen Kliniken – gegen unbeweglichen Einheitstanker!

Resolution der Betriebsversammlung des Klinikums Links der Weser

In der Krise des kommunalen Klinikverbunds wird neuerdings wieder das Modell „Einheitsgesellschaft“ in die Diskussion gebracht. Wir halten diesen Vorstoß für falsch. Notwendig ist vielmehr, die Selbstständigkeit der einzelnen Kliniken zu stärken und ihre Leistungsfähigkeit durch arbeitsteilige Kooperation zu steigern.

Gegen das Modell „Einheitsgesellschaft“ spricht aus unserer Sicht:

- Eine Einheitsgesellschaft löst keines der vorhandenen Probleme.
- Statt die Insolvenzrisiken für einzelne Standorte abzuwenden, wird das Insolvenzrisiko auf alle Standorte ausgedehnt.
- Die Gefahr eines Notlagentarifvertrages für alle kommunalen Kliniken steigt.
- Statt die Eigenkapitalausstattung zu erhöhen, werden die Betriebsmittelkredite aller Standorte für den Defizitenausgleich herangezogen.
- Statt die Flexibilität und die Teams innerhalb der einzelnen Kliniken zu stärken, werden abstrakte und unbewegliche Rieseneinheiten geschaffen.
- Statt „ihren“ Betriebsrat vor Ort zu kennen und mit ihm zu arbeiten, sind die Beschäftigten nur durch einen „Gesamtbetriebsrat“ vertreten, der „weit weg“ ist.

Wir sehen die Zukunft der kommunalen Kliniken in einer Stärkung der dezentralen Selbstständigkeit:

- Nur die einzelnen Standorte können eine umfassende wohnortnahe Versorgung anbieten und auf veränderte Bedürfnisse der PatientInnen in ihrem Einzugsgebiet schnell reagieren.
- Nur die einzelnen Standorte können ein Personal- und Qualitätsmanagement betreiben, das effektiv ist und den wachsenden Anforderungen entspricht.
- Die Investitionskosten der einzelnen Standorte müssen vom Land bezahlt werden und nicht durch Personalabbau „erwirtschaftet“ werden.

Wir wollen gute leistungsstarke kommunale Kliniken, die in ihrem Umfeld verankert sind, die ihre PatientInnen und einweisenden ÄrztInnen kennen und mit ihnen eng zusammen arbeiten. Dafür brauchen sie endlich entschlossene Unterstützung durch die Politik.

Einen unbeweglichen Riesentanker, der nur schwer zu steuern ist, wo keiner keinen mehr kennt, wollen wir nicht.